

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

78 (22.3.1920) Erstes Blatt

Karlsruher Tagblatt

Wagnispreis:
In Karlsruhe frei ins Haus
geliefert monatlich 2,40 Mk.,
vierteljährlich 7,20 Mk., an
den Ausgabestellen abgeholt
monatlich 2,30 Mk.,
vierteljährlich 6,90 Mk., durch
den Briefträger frei ins
Haus gebracht monatlich
2,65 Mk., vierteljährlich 7,95 Mk.

**Verlag, Schriftleitung
und Geschäftsstelle**
Königsplatz 1.

Wagnispreis:
Die Ogeß. Monarchiesseite
oder deren Raum 90 Fla.
Reklameseite 8.— Mk., an
erster Stelle 8,50 Mk.,
Rabatt nach Tarif.
Anzeigenannahme
bis 12 Uhr mittags.
Kleinere Inserate kostenfrei
bis 4 Uhr nachmittags.

Bernsprechanschlüsse:
Geschäftsstelle Nr. 205.
Verlag Nr. 207.
Schriftleitung Nr. 20 u. 948

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ **Badische Morgenpost**

Verantwortlich für Politik: Martin Volzinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den Reichsteil: Carl Pöschel; für Inserate: Paul Kuhn; Druck und Verlag: C. D. Müller'sche Buchhandlung u. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Hegelstraße 15/16. Teleph.-Amt 115land 2902. Für unvollständige Manuskripte oder Druckfäher übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 78. Montag, den 22. März 1920 Erstes Blatt.

Deutsch-österreichische Kulturnot.

Von Universitätsprofessor Dr. Robert Sieger in Graz.

Während des Krieges haben die Zensur, die Preisvorschriften, die Reiseerschwerungen den geistigen Verkehr zwischen den Deutschen Österreichs und jenen des Reiches, den wissenschaftlichen und politischen Meinungsaustausch, die künstlerischen und seelischen Beziehungen in ungeahntem Maße unterbrochen, von der Kenntnis des feindlichen und neutralen Auslandes ganz zu schweigen! Während man in Berlin oder München nicht nur die wissenschaftlichen Zeitschriften, selbst die politischen Blätter aus Feindesland überall bekam, war in Österreich (nicht in Ungarn) die Einfuhr verboten, und nicht einmal die Schweizer Blätter immer erhältlich. Zum Schluß kam dann auch noch die Erschwerung der Ausfuhrbewilligung aus dem Deutschen Reich dazu, die es z. B. dahin brachte, daß mein Beitrag über Österreich-Ungarn in dem Sammelwerk „Deutschland und der Friede“ zwar von der Leipziger Zensur durchgelassen, aber seine Ausfuhr nach dem „Auslande“ — und dazu gehört natürlich auch Österreich — nicht ohne weiteres und erst auf viel Bemühungen gestattet wurde! Viele von uns trugen alle derartigen Placerien mit Geduld als „Ausfluß angeblicher oder wirklicher „militärischer Notwendigkeiten“ und hofften, daß der Sieg sie bald beseitigen werde. Underschiedende aber sahen darin ein Zeichen innerer Schwäche und wurden dadurch auch in ihrer Verweisung am Kriegserfolg oder in ihrer Hoffnung auf einen innerpolitischen erwünschten Mißerfolg der Mittelmächte bestärkt. Das langsame, aber doch merkliche Sinken der Krone und die Kriegszuschläge des Buchhandels beiderseits der Grenze, die Erhöhungen der Post- und Frachgebühren und anderes kamen dazu und machten es dem Deutsch-Österreicher immer schwerer, sich aus reichsdeutschen Büchern oder Zeitungen zu unterrichten. Der wissenschaftliche Arbeiter konnte die einschlägige Literatur für seine Untersuchungen nur lückenhaft, in zufälliger Auswahl, verwerten und manche Veröffentlichung unterblieb deshalb, umso mehr, als die Jahrgelbe für Büchereien und Forschungsanstalten herabgesetzt und erst mit Juli 1919 wieder auf die Vorkriegshöhe gebracht wurden, ohne auch nur den fünften oder sechsten Teil der Vorkriegskaufkraft zu erreichen.

Das Kriegsende und die Anschlusshoffnung schienen das Ende solcher geistigen Einbuße und kultureller Absperrung zu bringen. Aber nur für einen Augenblick. Heute kann der geistige Arbeiter in Österreich von Tag zu Tag weniger die Kosten für reichsdeutsche Bücher oder gar für Reisen nach dem Reich erschwingen. Die Mark, die ihm bei Sendungen, die er aus dem Reich, etwa für Honorar, erhält, mit 3 bis 4 Kronen aus von der Post angerechnet wird, kommt ihm bei Zahlungen nach dem Reich durch die Post um eine Krone (oder auch noch um etwas mehr) höher zu stehen. Dazu die Zuschläge aller Art. Ein Festen der billigen Teubnerischen und Göschen'schen Sammlungen und dergleichen, die um 1-2 Kronen gebunden zu haben waren, kosten heute 10 Kronen und mehr; Bücher normalen Umfangs, Romane, Lehrbücher, gar wissenschaftliche Handbücher sind unter 40 bis 100 Kronen kaum zu haben, für 3 bis 4 wissenschaftliche Zeitschriften geben unsere wissenschaftlichen Institute und Seminare, die beabsichtigen ausgenommen, die größere Hälfte ihrer Jahresbezüge oder deren Gesamtbezug aus. Die Universitätsbibliotheken müssen eine um die andere seit Jahren laufende Zeitschrift aufgeben, wenn sie auf den Ankauf selbständiger Werke nicht ganz verzichten wollen. Auch außerordentliche Zuwendungen verschwinden im Nu auf einige wenige Werke. Der Forscher, der Lehrer, vollends der Student, müssen fast ganz darauf verzichten, ihre Bücherei zu vermehren, ja, sie können sie vielfach nicht einmal erhalten und müssen Stück um Stück verkaufen.

Wer wird auf die Dauer das geistige „Bananer“ hochhalten können, wenn er für auswärtige Zeitungen den Gegenwert für unentbehrliche Nahrungsmittel, für eine beschriebene Bücherei jenen für Wohnung oder Kleidung während mancher Monate hergeben muß!

Daraus erwächst eine geistige Verarmung und Kulturnot, die nicht weniger schlimm ist als die physische. Vor allem aber ersterben unter ihrem Druck die lebhaften Beziehungen zum Reich, die heute doppelt notwendig sind, wenn das deutsche Volk eine Einheit bleiben soll, wenn seine einzelnen Glieder beiderseits der vielen neuen Staatsgrenzen einander besser verstehen und würdigen lernen sollen. Daß das nötig ist, steht

Die Vorgänge im Reich.

Von unserer Berliner Redaktion wird uns

debatet:

Die Reichsregierung ist wieder nach Berlin zurückgekehrt und der Generalstreik ist von der Generalkommission der Gewerkschaften unter Führung Reutens, des Bundes freier Anstaltellenverbände und des Deutschen Beamtenbundes nach den bekannten Abmachungen der Regierung für ganz Deutschland als beendet erklärt worden. Leider ist damit aber eine vollständige Perihelion noch keineswegs überall eingetreten, von den vielen verhängnisvollen wirtschaftlichen und technischen Rückschlägen der letzten Woche ganz zu schweigen. Teile der Arbeiterschaft, die unter dem Einflusse kommunistischer und radikaler unabhängiger Seber stehen, wollen von einer Beendigung des Streikes noch nichts wissen oder versuchen mit sinnloser Perihelionsmasche die Demokratie durch eine Proletariatsdiktatur zu ersetzen. In Berlin war deshalb am Sonntag auch das Ende des Generalstreiks nur sehr teilweise bemerkbar. Mit Ausnahme einiger Vorkantinen ruhte der Straßenbahnverkehr noch vollständig.

In der Nacht vorher war es im Osten der Stadt, besonders in Adlerhof, nahe beim Hauptplatz, zu bedauerlichen blutigen Kämpfen gekommen, die von kommunistischen Wänden angezettelt, erst zur Ermordung einer Anzahl zeitweiliger Offiziere und nach Einbreiten der Reichswehr zur standrechtlichen Erschießung von 24 hochschichtlichen Kadetten führten. Da der verhängnisvolle Belagerungszustand aber zurückgezogen worden ist, wird diese Erschießung von den Unabhängigen für gerechtfertigt erklärt, die dabei nicht die vorangehenden Grausamkeiten des Babels bedenken. Bisher ist eine einigermaßen klare Ueberblick über die Berliner Vorgänge noch nicht zu erreichen. Viele Einzelmeldungen dürften sich als übertrieben herausstellen, während die langen stillen Vorbereitungen in militärischen und rechtsbedingten Kreisen immer deutlicher hervorstrahlen.

Die Regierung ist bestrebt, die wirklich Sachdienlichen zu treffen und gleichzeitig mit den hinter ihr stehenden Reichswehrtruppen die kommunistischen Aufstände in Berlin wie vor allem im Ruhrgebiet und Thüringen energisch zu unterdrücken. Erst wenn dies gelungen ist, wird die politische Abrechnung und Rekonstruktion der Regierung erfolgen. Schon jetzt ist eine neue Spaltung im sozialistischen Lager eben durch die Stellung zum Abbruch des Generalstreikes zu erkennen. Die nächsten Tage werden diese Entwicklung deutlicher zeigen und zu gleicher Zeit wird sich entscheiden, ob sich endlich im Bürgerium eine Annäherung der Mittelparteien auf der Basis rückhaltloser Anerkennung der republikanischen Verfassung und der Demokratie ermöglichen läßt.

Kapp und die interalliierte Kontrollkommission.

Uns wird mitgeteilt:

Kapp hatte durch das Wolff-Büro die Nachricht verbreiten lassen, daß seine Regierung in günstige Verhandlungen mit der alliierten Kontrollkommission in Berlin eingetreten war. Die alliierten Vertreter haben sofort und auf das Entschiedenste diese feststehende Meldung dementiert. Kapp aber hat es dem Wolff-Büro verboten, dieses Dementi zu veröffentlichen, das trotzdem durch das „Berliner Tageblatt“ und die „Vossische Zeitung“ einem Teil des Publikums bekannt wurde.

Es liegt im Interesse der gesamten deutschen Demokratie, daß sie erfährt, durch welche Mittel die Gegenrevolution die Wehr in dem deutschen Lande zu fangen hoffte. Die Alliierten haben seit nur eine Regierung in Deutschland gekannt, und zwar die gesetzliche demokratische Regierung.

Zum Eingreifen deutscher Truppen in der neutralen Zone.

Paris, 21. März. Der „Zeit Parisien“ stellt zu dem Einreifen deutscher Truppen in der neutralen Zone fest, daß die von der Regierung Bauer nachgesuchte Bewilligung von der Entente nicht genehmigt ist und daß die Regierung Bauer noch weiter anhalten wird, da sie zu viel Truppen in die neutrale Zone entsandt habe. Die Zahl dieser Truppen habe in keinem Verhältnis gestanden zu der in dem Gebiet anzuweisenden Truppenstärke. Statt eines Bataillons, das Düsseldorf besetzen sollte, seien dort 13 Bataillone einmarschiert. Es scheint, daß man mit aerinernen Streitkräften der bemanneten Arbeiter Herr werden konnte.

In der gleichen Angelegenheit schreibt „Echo de Paris“, Deutschland, das von den Alliierten auf sein Ansuchen keine Antwort erhalten habe, könne eine Bewilligung einer so ansehnlichen Forderung nicht verlangen.

Ein Dementi.

Paris, 22. März. (Wolff.) In französischen offiziellen Kreisen erklärt man, von einer Note des Obersten Rates, die der britische Geschäftsträger in Berlin, Lord Kilmarock, dem Wiener Geschäftsträger übergeben haben sollte, keine Kenntnis zu besitzen.

Die Vereinigten Staaten und die Niederschlagung des Berliner Handstreikes.

Berlin, 22. März. (Wolff.) Der Vertreter der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Berlin hat der deutschen Regierung gegenüber seiner Genugung über die jüngst erzielte Beseitigung des militärischen Regiments und die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände Ausdruck gegeben. Er ist überzeugt, daß die öffentliche Meinung in Amerika alle Bestrebungen, von welcher Seite sie auch immer kommen mögen, die darauf abzielen, geordnete und feste Zustände zu durchbrechen, aufs schärfste mißbilligen werde. Gewalttätige oder Bestrebungen, um eine Staatsumwälzung durch ungesetzliche Mittel herbeizuführen, würden dazu beitragen, die Wiederaufnahme guter Beziehungen mit den Vereinigten Staaten aufs schwerste zu gefährden. Solche Handlungen werden auch auf ernsteste die Lebensmittelförderung Deutschlands und die Verbesserung der gegenwärtigen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse durchbrechen, die durch Hilfsmaßnahmen geplant und bereits eingeleitet sind.

Der Ausschluß Winnigs.

Münchener i. Br., 22. März. Nach einer Meldung der „Münchener Volkszeitung“ ist Oberpräsident Winnig aus der sozialdemokratischen Fraktion ausgeschlossen worden. Winnig hatte, aus welchen Gründen ist noch nicht bekannt, die sogenannte Regierung Kapp anerkannt. (D. R.)

Entspannung in München.

(Drahtmeldung unserer Münchener Korrespondent.)
fr. München, 22. März. In München ist am Sonntag wieder eine Entspannung der Lage eingetreten. Nachdem man Samstag nachmittags in einer Vorbesprechung der Betriebsräte sich die Mehrheit für die Aussetzung der Arbeiterschaft erklärt hatte, fand dieser Vorbesprechung in der Vollversammlung am Sonntag vormittags keine Anstalten, ebenso nicht die Erneuerung des Generalstreikes. Dabei wird wohl die Ausschließung solcher Blätter angeht, die die Haltung der verschiedenen Wehrkörper entscheidend beeinflussen. Abgeordneter Gredes, der Minister des Innern im zurückgetretenen Ministerium Hoffmann, ist an die jetzige Regierung mit Forderungen herantreten, die die Einwohnern wehr und ihre Verfassung in ihrem Lebensbereich treffen würden, insbesondere die Forderung, daß die Wehrmänner ihre Waffen nicht mehr bei sich zu Hause aufzubehalten, sondern an Sammelorten einliefern sollten. Auf Grund der Erfahrungen, die in den letzten Tagen vor allem auch in Nürnberg, Erlangen und in der Verfassung gemacht worden sind, hat die Münchener Einwohnerversammlung eine einstimmige Beschlussempfehlung abgegeben, die von den bürgerlichen Parteien, die für die Zeit der Gefahr auf Veranlassung des Münchener Bürgerrats eine Art Vorkantinen geschlossen haben, darin unterstützt.

Berlin, 22. März. (Wolff.) Die Generalkommission der Gewerkschaften und die Berliner Gewerkschaftskommission haben den Abbruch des Generalstreikes proklamiert. Demgegenüber beharrt die Generalstreikleitung, deren Mitglieder größtenteils aus Angehörigen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei besteht, auf der Durchführung des Generalstreikes.

Wolff, 22. März. (Wolff.) Während des Samstags und in der Nacht zum Sonntag, kam es zu lebhaften Feuergefechten zwischen Truppen und bemanneten Arbeitern. Die Stadt soll ziemlich von Arbeitern eingeschlossen sein.

Wolff, 22. März. (Wolff.) Der Eisenbahnbetrieb im Reichsbereich Leipzig ist heute vormittags 6 Uhr in vollem Umfang wieder aufgenommen worden.

Münchener i. Br., 22. März. (Wolff.) Die Gewalttätigkeiten in den Händen eines unerschrockenen Bolschewisten. Die Strakenausübung in der Richtung nach Langensala sind beendet und geordnet.

Münchener i. Br., 22. März. (Wolff.) Hier hat sich am Samstag ein Kollisionsausbruch gebildet, der aus Mitgliedern der drei sozialdemokratischen Parteien besteht. Auf Grund von Verhandlungen mit der Stadtverwaltung ist dem Kollisionsausbruch ein Kontrollrecht über die allgemeine Verwaltung zugebilligt worden. Die Stadtverwaltung führt die Geschäfte einstufigen fort. Die Beamten und Angestellten sollen uneingeschränkt und die Rechte der Stadtverordnetenversammlung unberührt bleiben. Ueber die Dienststellung und Bezahlung der Sicherheitswehr stehen noch Verhandlungen.

Paris, 22. März. (Wolff.) Die drei sozialdemokratischen Parteien des Industriegebietes haben an die Nationalversammlung eine Drabtna gerichtet, in der es heißt: Die drei sozialdemokratischen Parteien des Industriegebietes stellen sich einstimmig auf den Standpunkt, daß alle Kräfte einmündig werden müssen, um die Reaktion niederzuschlagen. In seiner Weise können sie dem General Freikern von Matter Vertrauen entgegenbringen, der als reaktionärer, monarchistischer Offizier die Arbeiter zur Abgabe der Waffen aufforderte, aber das Vataillon schloß, das auf dem Boden der Demokratie steht, nicht entwarf. Wir verlangen sofortige Einstellung der Truppenbewegung, da wir sonst annehmen sind, in berechtigter Gegenwehr zum Angriff zu schließen. Die Konferenz lehnt einstimmig die Einfuhr der Materie ab und steht mit ihrem Vorschlag auf durchaus gesetzlichem Boden. Am Industriegebiet herrscht absolute Ruhe und Ordnung. Die Arbeit wurde mit Ausnahme der unter Waffen stehenden Arbeiter wieder voll aufgenommen.

München, 22. März. Eine Bande versuchte die Einwohnerwehr im Bahnhof Soltenstraße zu überfallen. Es entstand ein Feuergefecht. Zwei Mann der Bande wurden getötet. Die Sicherheitswehr hat acht Mann der Bande verhaftet.

Münchener i. Br., 22. März. (Wolff.) Hier ist es am Samstag auf dem Schloßplatz zu einer Schießerei gekommen, bei der acht Personen verletzt wurden.

Deutsch-Westungarn und die Volksabstimmung.

Von Prof. Dr. Immenböcker in Wien.

Die früheren Regierungen Ungarns, die nach dem Zusammenbruch aus Nieder gelangt waren, haben den Gedanken einer Volksabstimmung in dem an Deutschösterreich abzutretenden Teile Westungarns weit von sich gewiesen. Weder Graf Michael Karolyi, noch die Ministerregierung, noch die Regierung Friedrich wollten von ihr etwas wissen und der bormalige Kommandierende im Burgenlande, Oberst Lehar, hat dem Vertreter der Wiener Mittagszeitung „Wiener Mittag“ gegenüber die Zustimmung, ein Plebiszit über die Zugehörigkeit des künftigen Landes vorzunehmen, ebenso entschieden abgelehnt. Das war damals, als man die Aussichten Deutschösterreichs als völlig belanglos betrachtete. Seitdem hat sich das Blatt gründlich geändert. Der Friede von St. Germain und nicht minder die von der Entente Ungarn vorgeschriebenen Friedensbedingungen haben das Land des Österreich ausgesprochen. Leider aber ist diese Bestimmung noch immer nur auf dem Papier und steht noch weit ab von ihrer Verwirklichung. Seitdem hat man in Ungarn Zeit gefunden, die deutsche Bevölkerung entsprechend zu bearbeiten und die nötigen Vorbereitungen für eine etwaige Volksabstimmung, die nun die letzte Hoffnung der magyarischen Machthaber bildet, zu treffen, so daß man sie nicht mehr zu fürchten braucht, ja daß sie sogar gute Aussichten dafür bietet, für Ungarn zu entscheiden. Welchen Wert also die Verwirklichung Ungarns haben, daß man sich aus dem künftigen Plebiszit zurückziehen und eine gänzlich unbestimmte Abstimmung sichern werde, läßt sich denken. Diese Abstimmung ist keine willkürliche Annahme, keine Konvention, sondern läßt sich greifbar erhärten. Nach dieser Richtung spricht ein toben aus Westungarn eingelaufener Brief eines Feinsinnigen (so nennen sich die Bemöner der deutschbesiedelten westungarischen Komitee) eine nur allzu berechtigte Sprache. Er lautet:

„Alles geht gut durch die Zensur. Die Magyaren haben bei der Entente um Volksabstimmung angefragt. Heute war der Einrichtiger (politischer Beamter) hier und hat eine Veranlassung abgegeben. Er hat alles möglich versprochen, damit wir nur für Ungarn stimmen. Kein Mensch hat dagegen ein Wort gesagt, weil wir schon von unserer Nachbargemeinde hörten, daß die, welche dagegen waren, bestraft und fortgetrieben worden sind. Wir warteten von einem Tag auf den anderen, kein Mensch kommt und zu Hilfe und befreit uns. Kein Wort darf man hören lassen: Ich will zu Österreich. Ungarn mobilisiert, alles ist bereit. Den Brief schickte ich durch einen Schmuggler über die Grenze. In der Nachschrift heißt es: Wenn das (die Volksabstimmung) zugelassen wird, sind wir verloren. Den Leuten werden goldene Berge versprochen. Österreich wird verhandelt gemacht, niemand darf sich rühren, sonst verhängt er. Wer kann da Widerstand, sein Leben auf's Spiel setzen?“

Die ganze Tragik eines Häufleins deutscher Stammesbrüder spricht aus diesen schlichten Zeilen. Ausgeliefert an die magyarische Gewaltherrschaft, im Stiche gelassen von Deutsch-Österreich, das es versäumt hat, rechtzeitig die Hand auf ein Gebiet zu legen, das ihm von rechtschaffen gehört, vor die Möglichkeit einer Volksabstimmung gestellt, die unter den gegebenen Verhältnissen alles eher sein kann, als der Ausdruck der wahren Stimmung der Abstimmdenden, sieht es sich in allen Hoffnungen betrogen, ist immer Führer betraubt und weiß, daß es, wenn die Abstimmung für Ungarn ausfällt, eine Weite magyarischer Nachhaken wird, im anderen Falle aber von den abziehenden Magyaren schwerste Drangsal zu erleiden haben wird. So spiegelte sich hier im Kleinen das Los des deutschen Volkes. Wenn es nicht gelinnet, die Entente zu schleunigster Erwinigung der Uebernahme Deutsch-Westungarns an Deutschösterreich, aber ohne Volksabstimmung zu bewegen, muß damit gerechnet werden, daß es bei Ungarn verbleibt. Allerdings ist bereits ein Vertreter der deutschösterreichischen Regierung, der zurzeit in Westungarn tätigen Untersuchungskommission der Entente ermächtigt, und dorthin abgereist. Ob es ihm aber gelinnet wird, den Madenschaften der ungarischen Regierung wirksam entgegenzutreten, ist einzuweisen noch eine offene Frage.

Die deutsche Republik.

Der drohende Landwirtekrieg in der Pfalz.

Der stellvertretende Regierungspräsident der Rheinpfalz, v. Chlingen-Spessa, erklärt an die Landwirte und an die Bevölkerung als Antwort auf die Annahmen der Freien Pfälzischen Bauernschaft, am Dienstag in den Generalrat zu treten, einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

Die Besserung der Verhältnisse kann nur von einer moralischen Gründung des Volkes erwartet werden. Als oberster Verwaltungsoffizier des Kreises werde ich meine ganze Kraft daransetzen, an diesem Umschwung, der nicht allein durch amtliche Arbeit erfolgen kann, mitzuwirken.

Die freie Bauernschaft verlangt von mir Dinge, die ich nicht machen kann und darf. Ein rascher und völliger Abbau der komplizierten, in jahrelanger Entwicklung aufgebauten Ernährungswirtschaft müßte zum Zusammenbruch führen, Tausenden Hunger und schwerstes Elend bringen. Die freie Bauernschaft droht mit Viehschneiderei. Das Ausbleiben der Milchlieferung auch nur für wenige Tage bedeutet den Tod oder schwere Lebensgefährdung für zahllose Kinder, kranke Frauen, Greise und Kranke. Wer hier teilnimmt, ist mitschuldig. Die Unterlassung der angeord-

neten Lebensmittelversorgung ist eine Verletzung der Gesetzgebung. Die heutige Drohung verbietet mit weiteren Zusätzen.

Ich erkläre deshalb gegenüber den ungeschicklichen und nach der heutigen Lage der Dinge geradezu verbrecherischen Ankündigung der Führer der Freien Bauernschaft: Mit allen Mitteln werde ich darauf dringen, daß die bestehenden Vorschriften eingehalten und Verletzungen derselben der gebührenden Strafe zugeführt werden. Die Verwaltungsbehörden sind angewiesen, gegen jede Person, die zum Ungehorsam gegen Gesetz und Verordnungen auffodert, gemäß §§ 110 und 111 des Strafgesetzbuches mit allem Nachdruck vorzugehen und nötigenfalls ihre Verhaftung herbeizuführen.

Pfälzer Bauern! Ich weiß, was Ihr seit Jahren ertragen habt, was Ihr an Arbeit und Dingabe an Euren Beruf leistet; ich begreife, wie schwer die Sorge, die manntglichen Beschwerden Eures Betriebes auf Euch liegen. Aber bedenkt, daß uns alle die Not drückt und viele Verurtheile noch weit schwerer als den Euren, bedenklich, wie insbesondere die Beamtenhaft unter Opfern und schwerster Entbehrung ihre Pflicht treu erfüllt. Laßt Euch deshalb nicht durch eine gewissenlose Hege zu Handlungen hinreißen, die unsehbar Gegenwirkungen von unabsehbaren Folgen nach sich ziehen.

Pfälzer Landwirtschaft! Denkt an die Frauen und Kinder der Städte, laßt Eure Männer von überflüssigen Schritten ab und bekehrt mit ihnen alle Schreden, die ein Kampf von Land gegen Stadt und dann wieder Stadt gegen Land mit sich bringen muß.

Die pfälzische Landwirtschaft bleibe, was sie bisher war, ein Hort der Einfachheit, der Pflicht, der Arbeitsamkeit! Verfügt nicht die Grundlage des Staatslebens, helft mit am Wiederaufbau unseres Vaterlandes!

Die Vorgänge in Baden.

Aus der Fülle der uns in der vergangenen Woche zugegangenen Protokollausgaben gegen den Berliner Gewalttat der Leute um Kapp, Wittrog und Gensler teilen wir unseren Lesern noch folgende mit:

In Durmersheim fanden sich am Dienstagabend auf Einladung der dortigen Sozialdemokratischen Partei, der Deutschen Demokratischen Partei und des Zentrums weit über 600 Personen aus allen Kreisen der Bevölkerung zu einer in der Bahnhofrestauration abgehaltenen öffentlichen Volksversammlung zusammen, um nach einer ausgezeichneten Rede des Herrn Müller-Bed über den jenseitlich-militaristischen Berliner Wuttsch und seine schwereren inner- und außenpolitischen Folgen, unter begeisterten Beifall die badische Volksregierung zu stellen. Die angenommene Entschliessung wurde, nachdem die drei Parteien durch ihre Fraktionsführer (Eisenbahnschreiber Bangert für das Zentrum, Assistent Seider für die Demokratische Partei, Hauptlehrer Hellmuth für die Sozialdemokratische Partei) Zustimmungserklärungen abgegeben hatten, vom Leiter der Versammlung, Gemeindevater Kapp, telegraphisch dem Ministerium des Innern übermittelt.

In Weinhelm veranstalteten am gleichen Tage die drei sozialdemokratischen Parteien auf dem Marktplatz eine Protokollausgabe. In einer Entschliessung wurde der Zusammenschluß des Proletariats gefordert und die Vereinigung der dortigen drei sozialdemokratischen Parteien beantragt. Die Ortsgruppe Weinhelm der Deutschen Demokratischen Partei veranstaltete im Prinz-Wilhelm-Saal eine außerordentlich stark besuchte Versammlung, in der Landtagsabgeordneter Richard Freudenberg die reaktionäre Umsturzregierung scharf ablehnte und mit dem Treuebündnis zur verfassungsmäßigen Regierung allen Unwesenen aus der Seele sprach. In der Ansprache erklärten die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zwar den Kampf gegen die Reaktion zu befürworten, jedoch kein Vertrauen zu der jetzigen Koalitionsregierung zu haben. Ihnen trat der Mehrheitssozialist Kraft und der Abgeordnete Freudenberg nachdrücklich entgegen. Prof. Keller (Dem.) betonte die Wichtigkeit der Erhaltung der Einheit unseres Reiches, dessen Verfall in Gliedstaaten unseren dauernden Untergang bedeuten würde. In Radolfzell veranstalteten am Dienstag die organisierte Arbeiterschaft, die Beamten und Bürger eine Massenversammlung für unseren freien Volksstaat, wie sie in gleicher Mächtigkeit die Stadt Radolfzell wohl noch nie gesehen hat. Tausende von Männern zogen in geschlossenem Zuge unter Trommelwirbel und Vortrag der neuen Reichshymne durch die Straßen. Der Demonstration wurde unter Annahme einer Entschliessung im Schloßhof beschlossen. Außerordentlich stark war bei der Kundgebung das Beamtentum vertreten.

Ueber die Vorgänge in Freiburg

geht uns von unserem H. O. S. Mitarbeiter noch folgender Bericht zu:

In Freiburg scheint diesmal von den Anstaltsfakeln der Hauptschlag geplant gewesen zu sein. Dazu hat ihnen der Milchtravall verholfen: den Milchhändlern sollte bekanntlich am Bahnhof ihr kostbares Gut mit großem Aufgebot von Polizei, zuletzt wegen der Aufsätze auch mit einem Maschinengewehr, abgenommen werden, und im Anschluß daran ist es auf der Kaiserstraße zu einem Zusammenstoß eines Juges Reichswehr mit der erregten Menge gekommen, wobei es einige Schußverletzungen abgab. Seine Wut ließ der Wöbel an den Fensterhebeln des Bahnhofes, des Rathauses und der Wirtschaft des Stadtrats Engler (des Leiters des Milchhofs) aus. So war die Aufregung noch groß und die kommunistische Straßenszene noch mobil, als am Samstag die überaus große Kunde kam von dem Junterputsch in Berlin. Wüterschulder hat es wohl die neutral schillernde Haltung der Lokalpresse, und nicht verhindern konnten es der prompte Aufbruch der badischen Regierung, die Kundgebung der sabbatischen Regierungen und die spätere Kunde von Treiben und Stutigkeit, auch nicht die durch die Sonntagstrübe verpönten Erklärungen der lokalen Parteileitungen des Zentrums und der Demokratie, daß die (durch den Milchtravall in Person von Engler, den seine Verdienste um die Partei nicht vor Unkenntnissen) stark mitgenommene Mehrheitssozialdemokratie mit Unabhängigen und Kommunisten zusammen einen Aktionsauschluß bildete, der sich sofort in Sachen der Einwohnerversammlung bilden konnte, die Reichsparteien ausgeschlossen, der Kommandeur Major Knecht vom Regiment 113, monarchistischer Sympathien verdächtig abgelegt werden; die mehr als Arbeiter bestehende Stühlingerkompanie sollte die Waffendepots allein bewachen. Deren Führer Holtzinger (Jr.) alarmierte am Samstagabend mit dem Erfolge, daß aus den Protokollausgaben Kommunisten herbeiliefen und sich in die Wachkommandos einmischten. Holtzinger und sein Kommando und Einwohnerversammlung sollte dann die Wache versehen

werden nach einem Beschluß des Aktionsauschusses, dessen Ergänzung durch Mitglieder des Zentrums und der Demokraten auf gleiche Stärke von den drei sozialistischen Parteien (je 4) in einer Sitzung beim Landeskommissar beschlossen wurde. Die gelegentlich der Wachen aus den Depots gestohlenen Waffen, Patronen und Handgranaten (nebenbei kamen natürlich auch Büchsenfließ, Revolver usw. abhandelt) sollten am Streit- und Ruheplatz, den der Aktionsauschluß anordnete, zum Verhängnis werden: einer Schießerei untreuer Burthen, deren einer auch eine Handgranate warf, fielen 5 Mann tot, darunter 2 Polizeibeamte, zum Opfer.

Streikpatrouillen durchzogen die Stadt und zwangen alle Geschäfte, auch die Wirtschaften, zu schließen; nur die Arbeiterlokale waren im Betrieb. Dem Umzug auf den Minnerplatz, wo Hauptlehrer Kapp, ein junger Kommunist, die erste Rede hielt; in der Mitte der Versammlung war ein Platz zu sehen mit Aufschrift "Arbeiterputsch", daran hingen zwei Hängeschwänze. Zum Schluß wurde aus Mitgliedern der drei sozialistischen Parteien ein "revolutionärer Arbeiterrat" gebildet. Diesem von Kapp in einer erneuten Sitzung beim Landeskommissar neben Entwaffung der Sicherheitspolizei, Bewaffnung des Proletariats, Anschluß an Sowjetrußland (!) usw. geforderten Maßnahmen wurde mit einigem Erfolg beim besonnenen Teil der Mehrheitssozialdemokratie entgegengetreten. Sie hat am Dienstagabend endlich halbwegs den Anschluß an die Koalitionsparteien wieder gefunden, nachdem sie sich von der Verhandlungsunfähigkeit der Kommunisten überzeugen mußte, freilich mit der wenig demokratischen Zustimmung, daß neben vier Mehrheits- und vier unabhängigen Sozialisten drei Vertreter des Zentrums (einer von den christlichen Gewerkschaften) und nur zwei der Deutsch-Demokratischen Partei im Aktionsauschluß zusammensetzen sollen. Die "Volkswehr" veröffentlichte am Mittwoch ein Programm der Zusammenarbeit aller Anhänger der Weimarer Verfassung mit folgenden Forderungen: Umwidmung der Regierung nach links mit Entlassung Kapps, Entwaffung und Bestrafung der reaktionären Elemente, Bildung einer republikanischen Sicherheitswehr, strafrechtlicher Schutz der Republik, Befreiung aller wichtigen Ämter mit überzeugten Republikanern, Beschleunigung der Sozialisierung, Entlassung der politischen Gefangenen. Wichtiger als solche radikalen Programme wäre Wiederherstellung der Ordnung, Säuberung der Straße von Gefindel und verwidelter Jugend, deren Ausschreitungen pflichttätigen Beamten das Leben kosten. Selbst unter den Kommunisten wollen die besseren nichts weiter als Waffenkontrolle; sie nennen es freilich eine neue Revolution, verneinen aber, einzeln befragt, die Regierung an sich reißen zu wollen, selbst im Zweifel, ob sie es besser machen könnten; nur dann, wenn man den Wutern das Messer an die Kehle setze und mit der Sowjetrepublik patiere; sie bezeugten sogar ihren ehemaligen Führer Reichsputsch, den Hauptling des Wuttsch, den man einen Verbrecher nennt, aber nicht zu befeigen mag.

Von anderer Seite wird uns gemeldet: Der Freiburger Aktionsauschluß hatte an der Berichterstatterin der "Freisauer Zeitung" Kritik geübt, worauf diese gegen den Aktionsauschluß Beleidigungen ausließ.

Die Vorgänge in Mannheim

In Mannheim ist ein Vertreter des badischen Arbeitsministeriums eingetroffen, um mit den Gewerkschaften zusammen Verhandlungen zur Verbesserung der geordneten Verhältnisse zu führen.

Kapps Beziehungen zu Heidelberg

Ueber die Familie des Generallandschaftsdirektors Kapp, die mit Heidelberg in engen Beziehungen stand, wird dem "Heidelb. Tagbl." geschrieben, daß der Großvater Kapps der Philosoph Christian Kapp war, der an der Rheinheimer Landstraße ein Haus besaß und als Universitätsprofessor am 31. Dezember 1874 starb. Der Vater Kapps war ein überaus strenger "Aber Demokrat, der nach Amerika fliehen mußte. Man nimmt auch an, daß Kapp und Ebert zu gleicher Zeit am Radar spielten, an dessen Ufer sie sich gegenüber wohnten.

Die Demokratische Partei und der Junterputsch

Aus Anlaß des Berliner Handreichens erstet der Gefährdungslust Ausbruch der Deutschen Demokratischen Partei in Baden am 16. März nachfolgende Erklärung, die wir infolge der in der vergangenen Woche herrschenden Unruhe erst jetzt zum Abdruck bringen können; die Erklärung lautet: "Nachdem durch die Reichs- und Landesregierungen die politischen Zustände in Deutschland sich beruhigt hätten und das wirtschaftliche Leben im Aufschwung begriffen war, wird das Reich durch den Gewalttat der Döberitzer Truppen in neue Verwirrung gestürzt. Die Verfolgung mit Schellen und Handwaffensmitteln wird ins Stocken gebracht. Unter Kredit im Ausland bricht zusammen. Die Reichsregierung wird gefährdet. Vor allem die Verfassung für den Bestand der Reichsregierung, zu dem sich die Deutsche Demokratische Partei bekennt, veranlaßt sie, den Berliner Wuttsch auf das Schicksal zurückzuweisen. Nur eine feste, auf Demokratie beruhende Weiterarbeit kann den Wiederaufbau des Vaterlandes gewährleisten. Die Deutsche Demokratische Partei fordert daher ihre Anhänger auf, der verfassungsmäßigen Reichsregierung und den Regierungen der Länder die Treue zu bewahren und jeden Versuch einer Umwidmung der Berliner Wuttsch abzuweisen."

Im Anschluß hieran sei auch die am Samstag bereits erwähnte Rede, die der Vorsitzende der demokratischen Fraktion des badischen Landtags, Abgeordneter Verrier, in der denkwürdigen Sitzung unserer Volksversammlung am 15. März hielt, im Wortlaut wiedergegeben; Dietrich erklärte im Namen der Fraktion: "Wohl selten hat die Geschichte ein Volk innerlich weniger Jahre vor solche Ereignisse und damit vor die Notwendigkeit zu weittragender Entscheidungen gestellt wie das deutsche Volk seit dem Jahre 1914. Mit unverwundlicher Kraft hat es alle Verheerungen seit sechs Jahren ertragen und eben erst nach dem Verlust des Krieges und nach Überwindung der Revolution den Weg nach oben wieder gefunden. In diesem Augenblick steht erneut der Umsturz zur, und wenn auch zu hoffen ist, daß der Nachtrag in Berlin ein nur kurzes Dasein führen wird, wenn auch zu erwarten ist, daß das deutsche Volk die drohende Diktatur gar nicht aufkommen läßt oder alsbald wieder abstoßen wird, so sind doch die Gefahren, denen wir gegenüberstehen, fürchtbar. Kein Volk und kein Staat kann bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen ohne eine gesunde Volkswirtschaft bestehen. Unsere Volkswirtschaft ist gefährdet durch den Krieg und durch die Revolution. Sie ist unter der Bedrückung der deutschen Bevölkerung und unter dem Anbruch an Wohlstand. Beides war im Begriff sich zu ändern. Das Volk erwartete aus der Verfassung des Krieges und dem

Zumel des Umsturzes und begann sich darauf zu befinden, daß nur nachhaltige Arbeit zu helfen vermag. Industrie und Gewerbe fähigen wider Vertrauen zu sich und zur Zukunft. Das Ausland war im Begriff, die deutsche Wirtschaft günstiger einzuschätzen. Der deutsche Kredit wuchs und die deutsche Markt litt. Ueber Nacht ist alles zerfallen. Aber nicht nur erneuter wirtschaftlicher Niedergang und damit verstärkter Mangel, vermehrter Hunger drohen dem deutschen Volk, es droht auch Gefahr dem Deutschen Reich. Wenn die kühnen Regierungen geschlossen gegen die Berliner Diktatur auftreten und einhellig gefonnen sind, die alte, auf dem Fundament der Verfassung aufgebaute Regierung zu stützen, so darf das keinesfalls irgendwie das Vorbild einer Trennung von Nord und Süd, von Ost und West sein. Nachdem einmal der deutsche Agrarstaat den Weg zum Individualismus zurückgelegt, seine stetig wachsende Bevölkerung mehr und mehr in der Industrie untergebracht hat, ist keine Möglichkeit mehr, dieses große Volk zu erhalten, wenn nicht ein einheitlicher Staat und eine einheitliche Wirtschaft es umspannt. Das Deutsche Reich ist unsere nationale Forderung, es ist aber auch die Voraussetzung unserer nationalen Wirtschaft. Um aber in diesem Staat leben zu können, brauchen wir eine Politik der gesunden Fortentwicklung. Wir lehnen den Umsturz nach links, der uns vor fünfzig Jahren bekämpft, bekämpft und vernichtet haben. Ein reaktionäres deutsches Reich verbietet sich schon durch die Zusammenfassung seiner Bevölkerung. Nur ein fortschrittliches, freibewilliges, den Interessen der Bauern- und Arbeiterwelt dienendes Staatsgebäude vermag uns zu retten. Wir stehen entschlossen hinter der verfassungsmäßigen Regierung in Baden und in Reich. Wir billigen die Erklärung, welche die Staatsregierung abgegeben hat. Wir haben zu unserem badischen Volk das Vertrauen, daß es sich durch die Wahlen der Reaktion in Berlin ebenso wenig bedrohen lassen wird, wie es sich durch die Verbrechen der äußersten Unken in der Revolution 1918 hat beirren lassen. In seiner weitaus überwiegenden Mehrheit kennt das badische Volk den Weg, den es gehen muß; es ist der Weg staatlicher Ordnung und vermehrter Arbeit."

Badischer Landtag.

Ein neuer Ausschuss.

In einer der letzten Sitzungen des badischen Landtags wurde ein Ausschuss zur Vereinfachung der Staatsverwaltung gebildet. Dieser besteht aus folgenden Abgeordneten: Wittmann und Strauß vom Zentrum, Kaiser-Heidelberg und Marum von der sozialdemokratischen Fraktion (Marloff und Wehmann Stellvertreter), Dietrich und Dr. Glöckner von der demokratischen Fraktion (Wiegand und Dr. Voser Stellvertreter), Rauber-Karlsruhe von der deutschnationalen Fraktion (Karl Stellvertreter).

Badische Politik.

Müchlingsfürsorge.

Amlich wird mitgeteilt: Von einem Bezirksamt wurde darauf aufmerksam gemacht, daß in letzter Zeit angeblich aus den beteiligten Gebieten kommende Müchlinge einzeln oder mit ihren Familien im Deutschen Reich von einem Orte zum anderen ziehen und unter der — wahren oder falschen — Behauptung, Müchlinge zu sein, die öffentliche Unterjüngung sowie die Hilfe von Vereinen und Privatpersonen in Anspruch nehmen, ohne an einem bestimmten Orte in die erduldige Fürsorge eingewiesen zu werden. Als ein Mittel zur Bekämpfung dieses Mißstandes wurde u. a. die Erlassung einer Verordnung des Inhaltes vorgeschlagen, daß jeder Müchling beim Grenzübertritt einen Müchlingspaß erhalten muß, ohne Rücksicht darauf, ob er bedürftig ist oder nicht.

Dieser Antrag ist in den zur Zeit geltenden Bestimmungen bereits enthalten. Nach § 2 der auch für die übrigen Grenzlandvertriebenen geltenden Richtlinien für die Fürsorge der aus Krieg- und Vertriebenen in Deutschland sich befindlichen Flüchtlinge ein von einer amtlichen Fürsorgestelle auszustellendes und mit dem Dienststempel der zuständigen Polizeibehörde versehenes Ausweisbüchlein zu besitzen, aus dem seine Personaldaten, der Ueberweisungsort und die bisher gewährten Unterstützungen ersichtlich sind. Andere Bestimmungen haben für die Flüchtlingsfürsorge keine Gültigkeit. Die Behauptung der oben erwähnten Mißstände ist nur zu erwarten, wenn von den mit der Fürsorge für die Flüchtlinge betrauten Stellen mit aller Strenge darauf geachtet wird, daß nur solchen Flüchtlingen eine Fürsorge zuteil wird, die sich ausweisen können. Wer die Fürsorgebestimmungen für sich in Anspruch nimmt, ohne ein Ausweisbüchlein zu besitzen, wird von der Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen und lediglich nach armenrechtlichen Grundsätzen behandelt.

Die Versorgung von Beamten bei Dienstunfällen.

Das Staatsministerium hat bestimmt, daß das Gesetz über die Fürsorge für die Beamten infolge von Betriebsunfällen vom 27. Juni 1902 auf alle Beamten unter Anrechnung der Zuerstzulagen und Feuerungsbeiträgen angewendet wird, die in Ausübung ihres Dienstes bei der Verteidigung von Dienstgebäuden durch einen Angriff bei politischen Unruhen verunglückt oder verunglückt sind.

Die Schulkommission in Durmersheim

hatte in die dortige Bahnhofrestauration eine Elternversammlung einberufen, um organisatorische und schulpflichtige Neuerungen, die mit Beginn des neuen Schuljahres an der dortigen Volksschule eingeführt werden, aufklärend zu besprechen. Es handelt sich dabei um die Erweiterung der Unterrichtszeit für die Klassen des sechsten und achten Schuljahrs von 20 auf 24 Wochenstunden, um die Errichtung einer Hilfsschule; ferner soll die Einschulung aller Schüler überhaupt eine besondere Gestaltung erfahren, um die "Kriegsschäden" rascher und umfassender beseitigen zu können. Eine eingehende Besprechung erfuhr auch die Lernmittelfreiheit und ihre Verwaltung.

Aus Baden.

Durmersheim, 20. März. Der Bürgermeister hat sich in seiner jüngsten Sitzung die Einschulung der Volksschule erörtert, die in Rücksicht auf die wachsenden Verhältnisse jeweils in Kaufhofbeträgen erhoben wird. Konkrete, die nur von ausgebildeten Lehrern geleitet werden dürfen, werden mit insgesamt 600 Mk. befreit. Für Kanalarbeitungen anfänglich erhoben werden im Jahresverlauf 60 Mk., 75 Mk. usw. erhoben, während auswärts keine oder höchstens 100 Mk. zahlen müssen. Konkrete und bei Veranlassungen werden mit 50 Mk. Veranlassungen von 100 bis 150 Mk. stellen um mit mindestens 100 Mk. befreit. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden noch 60000 Mk. Ueber-

zeugungsausschüsse bewilligt, die die Gemeinde als gefebliden Aufsicht auf 14 neuen Wohnungen gewährleisten muß, die von der Baugenossenschaft errichtet werden.

Schwaben, 21. März. Hier ist Professor Dr. Baumacker. Ueber 40 Jahre war er am Anceum in Strakrova tätig, mußte aber nach dem Einzug der Franzosen (Eisenbahn-Krieg) verlassen.

Mannheim, 21. März. Der Streik der Rheinischer Arbeiter ist abgebrochen worden, nachdem der Arbeitgeberverband sich zur Aufnahme von Arbeitsverhandlungen bereit erklärt hatte.

Weinheim, 21. März. Die Oberheinische Eisenbahn-Aktiengesellschaft in Mannheim beschäftigt am 1. Juli den Betrieb ihrer Weinbahnen (Mannheim-Weinheim-Heidelberg) wegen finanzieller Schwierigkeiten einzustellen. Die Ursache besteht darin, daß der Staat und die Gemeinden die zur Fortführung des Betriebs erforderliche Unterstützung verweigert haben und auch der Landtag trotz Anregung der D. E. G. bis heute keine weiteren Schritte in dieser Ansehnlichkeit getan hat.

Strüben, 21. März. Der Vertreter des Verkehrs- und Brauereis Klantenbundes bei Strüben, Josef Adolf Baumann, kam vor wenigen Tagen sein altes Dienstmädchen mit nach Strüben. Die badische Landwirtschaftskammer erbat den Nubilar durch eine besondere Gabe.

Strüben, 21. März. Das hiesige Landwirtschaftliche Schloßhotel ist von dem Verband bad. Staatsangehörigen erworben worden.

Strüben, 21. März. Beim Kanalarbeiten wurde der Anecht Oskar Reit aus Aurtmann tota erdrückt.

Kreisburg, 21. März. Anfolge der arden Kehl und Kartoffeln hat die Stadtverwaltung ein bindendes Gesetz um Lieferung dieser Lebensmittel an die Stadt Basel gerichtet. Diese habe beschlossen, sofort einige Wagen Wehl und Kartoffeln zu senden.

Willingen, 21. März. In mehreren Ausschreitungen kam es in Martinsweiler. Der von seiner Frau geschiedene Landwirt Eugen Haas weierte sich, das Haus zu verlassen, weshalb sich die Frau entschloß, das ganze Hauswesen und den Viehbestand fortzuschaffen. Da Haas Widerstand leistete, war der Wächtermeister Schumacher auf den Beamten und irrte ihn nieder. Der Täter flüchtete hierauf, wurde aber festgenommen, auch ein anderer Ortsanwohner, der der Frau beistand, wurde erhaftet.

Donaueschingen, 21. März. Durch Großfeuer wurden in Riedschillingen die Anlagen der Landwirtschaft eingeleiert. Zwei andere Anwesen wurden fast vollständig zerstört. Der Gesamtschaden betrug über 150000 Mk.

Wett. L. 21. März. Hier wurden zwei Schumacher verhaftet, die 6000 Franken Silbergeld in die Schweiz schmuggeln wollten.

Aus dem Stadtkreise.

Gang aufs Land.

Der Kalender wußte den Beginn des Frühlings für Samstag nachzukunnen. Aber so wenig wie die sonstigen Ereignisse im Weltlauf läßt sich die Gestaltung der Jahreszeiten nach Regeln bestimmen oder erwarten. Nun traf es sich gestern so, daß gerade dieser Sonntag, nachdem der Frühling kalten Samstag nach 10 Uhr 59 Minuten beginnen sollte, so wunderbar hoch und mild regierte, daß man sich über alle Winterwärtigkeiten des Winters hinausgab. Wer es irgendwie konnte, ließ sich einen kleinen Ausflug nicht entgehen, um sich davon zu überzeugen, daß der Derg noch immer Wunder tun kann. Da sah man die Jugend in Feld und Wald mit den leuchtenden Blüten einer besseren Zeit in Händen und Haar, und das Herz frohlockte ob dem Zauber der sich wieder verjüngenden Natur.

Welche Kräfte birgt doch dieses unter den Strahlen einer mildtägigen Sonne nicht aufstehende Werden! Schon sieht und hört man die Verheer an der Seite ihrer Kalorien gegen den hohen Himmel streben, schon tönt kräftig und verständig die Sprache der anderen geflügelten Sänger. So ruht, lacht und sieht es den Städter hinaus in die grünen und blühenden Gefilde. Wenn auch vorerst die Gliedmaßen den ungemühen Drang hemmen, so dürfte doch bald die Zeit kommen, die eine Besserung bringt.

Das Wort von der Sehnsucht nach der Scholle ist dem Städter ja schon seit längerer Zeit weit mehr als eine Phrase. Durch tausend Fäden und Wünsche ist er mit dem Lande verknüpft und zwar nicht nur, weil der "Sammer" dort die weite Wagnis findet, sondern weil tatsächlich all die Dinge, die mit der Versorgung in Zusammenhang stehen, den städtischen Verbraucher heute viel unmittelbarer betreffen als sonst und je des Verständnis für volkswirtschaftliche Fragen gefördert wird. Ist doch die Wackerrolle des Zwischenhandels jetzt vielfach ausgeschaltet und in Hände gegeben, die nur auftragsgemäß seine Funktionen verrichten.

Also auch auf diesem Grunde eilt der Städter aus seinen Mauern hinaus. Leider hat auch draußen so manche Waldwege der harten Holznot weichen müssen, und wir sehen dort weite saftige Flächen, die an gramgeplagten Feldern im Westen mahnen. Aber auch hier wird das Wehen und Walten des Frühlings bald lieblichere Bilder erheben lassen: Gärten und Felder werden die fremden und verhörenden Punkte in der Landschaft darstellen, und mit der Liebe zum eigenen Besitz wird jene zur Heimat geziehen. In diesem neu eroberten Nährboden wird dann auch die Abhängigkeit an das weitere Vaterland ihre tiefen und weitreichenden Wurzeln schlagen.

Steuererklärungen wegen der erhöhten Umstehener (Kurssteuer usw.). Auf Grund einer allgemeinen Anordnung des Reichsministers der Finanzen haben die Finanz- und Hauptsteuerämter als Umstehenerämter angedeutet, daß die Umstehener, die erhöhte Umstehener (Kurssteuer, Sotsteuer, Anlagensteuer, Depoststeuer mit Einschluß der Lebensversicherungssteuer und Ziffersteuer) zahlen müssen, die erste Steuererklärung für das Kalenderjahr 1920 erst im Juli 1920 (nach im April) abgeben. Im April 1920 muß also ausnahmsweise die vierteljährlich fällige Steuererklärung nicht abgegeben werden. Die im Juli 1920 abzugebende Steuererklärung muß aber die Einnahme des ganzen ersten Kalenderhalbjahres 1920 enthalten. Die Geschäftskonten in ihrem eigenen Interesse auf, wenn sie alsbald für Rücklagen sorgen, damit sie nach Ablauf des ersten Halbjahres jederzeit die nötigen Mittel zur Beilegung der dann fällig werdenden beträchtlichen Steuerbeiträge zur Verfügung haben. Es kann sich empfehlen, hierfür besondere Konten der Banken, Sparkassen oder Kreditgenossenschaften einzurichten.

Kantonsrat Welschen. Die vielen Vertreter des Kantonsrats werden es besonders freudig begrüßen, daß, nachdem die namhaftesten Mitglieder dieses Instrumentes sich seit Jahr und Tag von Karlsruhe ferngehalten haben, eine ihrer beruflichen Vertreterinnen, Frau Elisabeth Polagac, wieder im Kantonsrat erscheinen wird. Der Abend findet Mittwoch, 24. d. M., im "Circus-Theater" statt. Kantonsrat Herr Kurt Kuefeler, Waldstraße 30 und an der Weinstraße.

